



Palästinenserpremier Hanija, Demonstration gegen das Referendum im Gaza-Streifen*: „Wir rufen das Volk zum Boykott auf“

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wir wollen Ruhe und Stabilität“

Der palästinensische Ministerpräsident Ismail Hanija über die Bedingungen der Hamas für einen Frieden mit Israel und die Pläne von Präsident Abbas für ein Referendum

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, wie ist es, sich nur von Öl und Oliven zu ernähren?

Hanija: Als ich vor einigen Wochen sagte, unser Volk werde notfalls Öl und Oliven essen, habe ich nicht gemeint, dass es wirklich nur Öl und Oliven geben wird. Ich habe damit gemeint, dass unser Volk die notwendige Geduld mitbringen wird, um die gegenwärtige Notlage durchzustehen. Die Palästinenser verzichten lieber auf bestimmte Lebensmittel als auf ihre nationalen Rechte.

* Am vergangenen Donnerstag in Gaza-Stadt. Das Gespräch führten die Redakteure Martin Doerry und Christoph Schult.

SPIEGEL: Es sieht aber nicht danach aus, als wollten die Menschen die Hamas mit allen Mitteln an der Macht halten. Täglich demonstrieren Palästinenser für Milch und Brot, und die Angestellten der Autonomiebehörde fordern ihre Gehälter ein, die sie schon drei Monate nicht mehr bekommen haben. Haben Sie Ihre Sympathien im Volk überschätzt?

Hanija: Das Volk leidet in der Tat. Aber schuld daran ist nicht die Regierung. Es ist einmalig in der Menschheitsgeschichte, dass ein Volk wegen seiner demokratischen Wahl bestraft wird, während es noch dazu unter Besatzung lebt. Das ist eine doppelte Strafe. Jede palästinensische Familie

spürt die Folgen des internationalen Embargos. Aber je mehr der Druck auf die Regierung steigt, desto mehr Unterstützung erhalten wir, sowohl von der palästinensischen Straße als auch aus der arabischen und islamischen Welt.

SPIEGEL: Aber wer trägt denn die Verantwortung für diese Krise? Sind das wirklich nur die Länder, die Ihre Regierung boykottieren, oder tragen Sie nicht auch durch Ihr Verhalten eine Mitverantwortung?

Hanija: Dies ist keine politische Krise, sondern eine moralische Bankrotterklärung der Weltgemeinschaft. Ich weiß, dass viele Menschen in Europa mit der Politik

Duell der Palästinenserführer

Tausende wütender Hamas-Anhänger demonstrierten Ende vergangener Woche in den Straßen von Gaza-Stadt gegen Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Dessen Pläne für ein Referendum würden „Spaltung und Chaos“ nach sich ziehen, drohte die Hamas-Führung. Abbas will mit einer Volksabstimmung die Hamas-geführte Autonomieregierung zwingen, Israel anzuerkennen. Das Volk soll Ende Juli über ein Papier abstimmen, das mehrere in Israel inhaftierte Palästinenser verfasst haben. Die Gefangenen repräsentieren nicht nur die gemäßigte Fatah-Bewegung von Abbas, sondern auch solche, die für Terroranschläge gegen Israel verantwortlich sind wie die Hamas und der Islamische Dschihad. Kernforderungen der Gefangenen sind die

Gründung eines palästinensischen Staates auf dem von Israel im Krieg von 1967 besetzten Territorium sowie die Aufnahme von Verhandlungen mit Israel. Damit erkennen die Verfasser implizit den jüdischen Staat an.

Hamas-Premier Ismail Hanija, 43, fordert seine Landsleute zum Boykott des Referendums auf. Tatsächlich hat Präsident Abbas laut Übergangsverfassung kein Recht, eine Volksabstimmung auszurufen. Zwar steht ihm zu, Entscheidungen per Dekret zu verfügen, die Hamas kann diese jedoch mit ihrer Parlamentsmehrheit wieder kassieren. Zulauf erhält die Hamas durch die israelischen Angriffe auf palästinensische Terroristen, bei denen immer wieder unschuldige Zivilisten ums Leben kommen wie vergangenen Freitag am Strand von Gaza.

ihrer Regierungen gegenüber den Palästinensern unzufrieden sind.

SPIEGEL: Aber Sie werden in Europa wenige Menschen finden, die Israel das Recht auf Existenz absprechen. Sie könnten das Problem also lösen, indem Sie Israel anerkennen.

Hanija: Ich wundere mich, dass ständig den Opfern Bedingungen aufgezwungen werden und nicht den Besatzern. Fordern Sie zuerst Israel auf, unser Existenzrecht und das Recht auf einen eigenen palästinensischen Staat anzuerkennen.

SPIEGEL: Das hat Israel 2003 in der Roadmap, dem international vereinbarten Friedensfahrplan, doch getan.

Hanija: Auch die PLO, der verstorbene Präsident Jassir Arafat und Präsident Mahmud Abbas haben Israel anerkannt und die Verhandlungsgrundlage geschaffen, um eine Lösung des Konflikts zu erzielen. Und was hat es den Palästinensern gebracht?

SPIEGEL: Den Abzug der israelischen Armee aus den palästinensischen Städten zum Beispiel, eine Autonomiebehörde mit eigenen Polizeikräften und demokratische Parlamentswahlen, durch die Sie an die Macht gekommen sind. Aber die Hamas weigert sich noch immer, Israel anzuerkennen.

Hanija: Wir reden nicht von Tinte und Papier, sondern von den Erfahrungen der letzten Jahre. Das palästinensische Volk bleibt trotz Verträgen, Unterzeichnungen und Anerkennungen ein Volk, das unter Armut, Ungerechtigkeit und Besatzung leidet. Im Westjordanland gibt es 475 militärische Straßensperren. Das Gebiet ist in Kantone aufgeteilt. Es entsteht eine Mauer, die große Teile unseres Landes Israel einverleibt. Über den Gaza-Streifen ist ein Embargo verhängt worden. Die jüdischen Siedlungen werden ausgebaut und das Jordantal annektiert. Wir wollen kein neues Papier unterzeichnen, sondern die Lage des palästinensischen Volkes verbessern.

SPIEGEL: Aber die israelische Regierung sagt immer wieder, dass über die endgültigen Grenzen noch nicht gesprochen wurde. Aus israelischer Sicht ist das also eine vorläufige Grenzziehung. Alles hängt davon ab, ob es zu einer gegenseitigen Anerkennung des Existenzrechts kommt.

Hanija: Wenn es nur um das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung geht, sind wir damit einverstanden. Aber die Realität spricht eine andere Sprache: Israel ist gegen eine Teilung Jerusalems, gegen die Rückkehr der Flüchtlinge und gegen einen Rückzug auf die Grenze von 1967.

SPIEGEL: Wenn Israel sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen und Ostjerusalem



AMNON GUTMAN / AP

Selbstmordanschlag in Tel Aviv*: „Unseren Sicherheitskräften sind die Hände gebunden“

einschließlich der heiligen islamischen Stätten den Palästinensern überlassen würde, wären Sie dann bereit, Israel anzuerkennen?

Hanija: Wenn der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert morgen sagt, dass Israel diese Bedingungen erfüllt, werden wir eine Gegenleistung erbringen.

SPIEGEL: Welche wird das sein?

Hanija: Eine langfristige Hudna, ein Waffenstillstand für die nächsten 50 Jahre.

SPIEGEL: Aber warum nur das? Warum können Sie nicht einen Schritt weiterge-



HASSENE DRIDI / AP

Palästinenserpräsident Abbas

„Der Dialog ist noch nicht zu Ende“

hen und sagen: Wenn diese Bedingungen von den Israelis erfüllt sind, sind wir auch bereit, den Staat Israel anzuerkennen?

Hanija: Das sind hypothetische Fragen. Bis heute hat kein israelischer Führer diese Zugeständnisse angekündigt. Stattdessen

gibt Israel einseitige Maßnahmen bekannt: Jerusalem soll vereint bleiben, die Flüchtlinge dürfen nicht zurückkehren, die großen Siedlungen werden nicht geräumt. Das ist die Realität. Wir wollen Souveränität, wir wollen einen Staat, wir wollen so leben wie alle Völker in der Welt. Wenn Israel unsere Rechte anerkennt, werden wir dafür sorgen, dass in diese Region Ruhe und Stabilität einkehren.

SPIEGEL: Wir können verstehen, dass viele Palästinenser frustriert sind. Aber unser Eindruck ist, dass hier zwei Maximalpositionen aufeinanderprallen. Wie soll es Frieden geben, wenn keine Seite zu Kompromissen bereit ist?

Hanija: Wer trägt die Verantwortung? Das Opfervolk oder die Besatzungsmacht?

SPIEGEL: Für die Besatzung des Westjordanlands tragen die Israelis die Verantwortung. Ihre Regierung aber trägt die Verantwortung dafür, dass Israel sich in seiner bloßen Existenz bedroht sehen muss. Sie stellen Forderungen, die den Staat Israel in seinen Grundfesten in Frage stellen, etwa das Rückkehrrecht der Flüchtlinge.

Hanija: Verjährt das Recht der Flüchtlinge? Sieht die Welt nicht das Leiden von Millionen Palästinensern, die seit 60 Jahren verstreut im Exil oder in Flüchtlingslagern leben? Kein Staat, keine Heimat, keine Identität, keine Arbeitsrechte. Sieht die Welt dieses Unrecht nicht?

SPIEGEL: Die Welt sieht diese Schicksale. Aber Flüchtlinge hat es in der Geschichte viele gegeben. Millionen Menschen mussten nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer

* Am 17. April in der Nähe des alten Busbahnhofs.

Heimat fliehen. Dennoch hat man um des Friedens willen den Status quo akzeptiert. Denn eine Rückkehr der Flüchtlinge hätte nur neues Leid mit sich gebracht.

Hanija: Das Rückkehrrecht ist ein individuelles Recht. Keine Vertretung der Palästinenser, weder die verschiedenen Organisationen noch die Regierung oder der Präsident, hat die Befugnis, dieses Recht aufzugeben. Jeder Flüchtling kann selbst entscheiden, ob er in seine Heimat zurückkehren möchte.

SPIEGEL: Er kann also auch entscheiden, ob er lieber in den zu gründenden palästinensischen Staat ziehen möchte und dafür finanziell entschädigt wird?

Hanija: Sie erwarten von den Palästinensern, dass sie ihre Heimat und ihr Vaterland für Geld verkaufen?

SPIEGEL: Nein, aber Vorschläge müssen realistisch sein. Die Vereinten Nationen haben 1947 entschieden, dem jüdischen Volk einen eigenen Staat zu geben. Israels jüdische Bevölkerungsmehrheit wäre in Gefahr, wenn vier Millionen Palästinenser zurückkommen würden.

Hanija: Es gibt internationale Resolutionen, in denen das Rückkehrrecht formuliert ist. Dort ist auch die Möglichkeit einer finanziellen Abfindung enthalten.

SPIEGEL: Die Führer der in Israel inhaftierten Palästinenser aus verschiedensten Gruppen haben einen 18-Punkte-Plan ausgearbeitet, der unter anderem eine Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 vorsieht. Das Dokument trägt auch die Unterschrift eines inhaftierten Hamas-Führers. Akzeptieren Sie diesen Vorschlag?

Hanija: Dies ist kein Dokument aller palästinensischen Gefangenen, es kommt aus einem israelischen Gefängnis. Die Mehrheit der in Israel inhaftierten Brüder hatte keine Möglichkeit, daran mitzuwirken.

SPIEGEL: Es handelt sich aber um ziemlich prominente Unterzeichner.

Hanija: Natürlich verdienen die Unterzeichner unseren Respekt. Wir halten das Dokument für einen Beitrag zum Nationalen Dialog, den Präsident Abbas ins Leben gerufen hat. Es gibt Punkte, die nationaler Konsens sind. Aber es gibt auch Punkte, die noch diskutiert werden müssen.

SPIEGEL: Welche Punkte meinen Sie?

Hanija: Es geht um die Anerkennung Israels, die Übernahme bestehender Abkommen und die Frage der Verhandlungen mit Israel.

SPIEGEL: Präsident Abbas hat Sie vor die Wahl gestellt: Entweder die Hamas akzeptiert die Gefangeneneinheitsinitiative, oder das Volk stimmt darüber ab.

Hanija: Aus unserer Sicht ist der Nationale Dialog noch nicht zu Ende. Wir erwarten, dass der Präsident aus Ramallah nach Gaza kommt, um ihn fortzuführen. Wir brauchen mehr Zeit.

SPIEGEL: Abbas lässt bereits Vorkehrungen für ein Referendum treffen.

Hanija: Wer könnte dieses Referendum durchführen?

SPIEGEL: Das Amt des Präsidenten.

Hanija: Das Büro des Präsidenten? Die paar Personen dort?

SPIEGEL: Es gibt eine Nationale Wahlkommission, die die Parlamentswahlen im Januar zur Zufriedenheit aller Parteien professionell organisiert hat.

Hanija: In unseren Grundgesetzen wird das Wort Referendum nirgendwo erwähnt. Es gibt kein Gesetz, das irgendeiner palästinensischen Institution erlaubt, eine Volksabstimmung durchzuführen. Der Präsident hat kein Recht, das Volk zu befragen. Für die Konsequenzen trägt er die Verantwortung. Wir rufen das palästinensische Volk auf, das Referendum zu boykottieren.

SPIEGEL: 85 Prozent der Palästinenser würden laut Umfragen für die Gefangeneneinheitsinitiative stimmen, sogar 72 Prozent der



Trauernde Palästinenserin in Gaza*: „Tägliche Bombardierung beenden“

Hamas-Anhänger. Fürchten Sie eine Niederlage?

Hanija: Dieselben Umfragen haben uns vor den Wahlen 18 Prozent vorhergesagt, am Ende erhielten wir fast 60 Prozent. Diese Umfragen sind politisch gesteuert.

SPIEGEL: Das ist auch in Europa ein beliebtes Argument von Politikern, die sich nicht damit abfinden mögen, dass sie sich in der Minderheit befinden.

Hanija: Wir sind aber nicht in der Minderheit. Wir sind eine Regierung, die vor vier Monaten von der Mehrheit des Volkes gewählt wurde.

SPIEGEL: Aber Sie sind nicht gewählt worden wegen Ihres Kampfes gegen Israel, sondern wegen der Korruption der Fatah-

* Neben der Leiche ihres durch israelischen Beschuss getöteten Vaters. Am Strand von Gaza starben vorigen Freitag insgesamt sieben Palästinenser.

Bewegung und der hohen Arbeitslosigkeit in den Autonomiegebieten.

Hanija: Die Hamas hat eine Weltanschauung und ein Programm, und die haben die Menschen ganz bewusst gewählt. Dazu gehört sowohl der Widerstand gegen die Besatzung als auch die Kritik an der Korruption der Vorgängerregierung. Die Hamas hat immer noch die Mehrheit.

SPIEGEL: Gilt die Waffenruhe noch, die die Hamas im März 2005 zugesagt hat?

Hanija: Sie gilt, und die Hamas und die anderen Organisationen halten sich daran. Wer die Waffenruhe bricht, sind die Israelis. Sie bombardieren und besetzen Gebiete.

SPIEGEL: Wenn sich alle palästinensischen Organisationen daran halten, wie erklären Sie dann den Anschlag auf den Busbahnhof von Tel Aviv am 17. April? Und warum hat die Hamas diesen Anschlag als „Widerstand“ gerechtfertigt?

Hanija: Wir sind ein Volk, das nie andere angegriffen hat. Wir sind nicht der Aggressor. Wir wollen Ruhe und Stabilität in dieser Region. Das Problem sind die Israelis. Sie müssen die gezielten Tötungen und die tägliche Bombardierung des Gaza-Streifens beenden.

SPIEGEL: Das heißt, Ihre Regierung tut alles, um Anschläge zu verhindern?

Hanija: Wir unterstützen Ruhe und Stabilität in dieser Region. Ich fordere Israel auf, Bedingungen herzustellen, die es meiner Regierung erlauben, eine langfristige Waffenruhe durchzusetzen.

SPIEGEL: Wir haben nicht von Israel gesprochen, sondern von Ihrer Verantwortung. Wenn Sie heute von einem Selbstmordattentäter hörten und die Macht hätten, ihn zu stoppen, würden Sie ihn an seinen Plänen hindern?

Hanija: Wir haben nicht die Kontrolle über das Westjor-

danland. Dort herrscht das israelische Militär. Unseren Sicherheitskräften sind die Hände gebunden. Solange die Besatzer auf unserem Boden verharren, ist der Widerstand ein legitimes Recht unseres Volkes.

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Hanija: Jetzt habe ich noch eine Frage. Ich bekleide neben dem Amt des Ministerpräsidenten auch den Posten des Sportministers. Früher habe ich selbst Fußball gespielt. Was muss ich tun, um von der Kanzlerin Angela Merkel eine Einladung für die Spiele der Fußballweltmeisterschaft zu erhalten?

SPIEGEL: Auch dafür müssten Sie wohl Israels Existenzrecht anerkennen und der Gewalt abschwören.

Hanija: Dann schaue ich mir die WM doch lieber im Fernsehen an.